

Deutsche spüren größere Gefahr durch Rechtsextreme als durch Islamisten

Stand: 08:19 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Von **Claudia Kade**
Ressortleiterin Politik

Die Deutschen schätzen die Gefahr durch Rechtsextreme höher ein als die Sicherheitsrisiken durch Islamisten.

Bei Grünen-Anhängern sind diese Befürchtungen besonders stark ausgeprägt.

Eine große Mehrheit der Befragten findet außerdem: Seenotrettung von Migranten sollte straffrei sein.

Die Deutschen schätzen die Gefahr von rechtsextremen Übergriffen und Anschlägen höher ein als die Sicherheitsrisiken durch Islamisten und Linksextreme. 71 Prozent halten die Gefahr durch Rechtsextreme in Deutschland für groß oder sehr groß. Das ergibt der Deutschlandtrend, den Infratest Dimap im Auftrag von ARD-„Tagesthemen“ und WELT erhoben hat.

Dagegen bewerten 60 Prozent der Befragten die Gefahr islamistischer Gewalttaten als besonders hoch. Und 41 Prozent geben diese Einschätzung für linksextreme Übergriffe.

Nach der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke durch den mutmaßlichen rechtsextremen Täter Stephan Ernst (<http://welt.de/196228555>) gaben mehr als zwei Drittel (67 Prozent) der Befragten an, sich Sorgen zu machen, „dass Rechtsextremisten unseren Staat verändern könnten“.

Bei Grünen-Anhängern sind diese Befürchtungen besonders stark ausgeprägt: Hier tragen sich drei Viertel mit dieser Sorge. In der Anhängerschaft der AfD sind es hingegen nur 17 Prozent.

66 Prozent der Gesamtbevölkerung sind der Auffassung, dass der Staat „Neonazis und

Rechtsextremisten zu oft freie Bahn“ lasse. Fast genauso groß sind die Mehrheiten (jeweils 65 Prozent), die die Ansicht vertreten, dass rechtsextreme Positionen „in letzter Zeit in Deutschland gesellschaftsfähiger geworden“ seien und dass die Sicherheitsdienste zusätzliche Befugnisse bekommen sollten, „um die Kommunikation im Internet und in sozialen Medien stärker zu überwachen“.

Fast drei Viertel wollen Straffreiheit für Flüchtlingshelfer

Angeichts der Eskalation (<http://welt.de/196353051>) um das Seenotrettungsschiff „Sea-Watch 3“ stimmt eine breite Mehrheit von 88 Prozent der Befragten zu, das europäische Asylrecht so zu ändern, „dass die EU-Staaten an den Außengrenzen entlastet und die Flüchtlinge möglichst gleichmäßig auf alle Mitgliedsländer verteilt werden“. Jeweils fast drei Viertel befürworten demnach, dass private Initiativen Flüchtlinge aus Seenot im Mittelmeer retten und dass diese Rettungsaktionen „grundsätzlich nicht“ juristisch verfolgt werden sollten.

Dagegen halten es 64 Prozent der Befragten für einen Fehler, dass die Europäische Union die Seenotrettung für Flüchtlinge auf dem Mittelmeer ausgesetzt hat. Und 70 Prozent finden es falsch, dass Italien Rettungsschiffen mit Flüchtlingen an Bord den Zugang zu seinen Häfen verweigert.

Die Toppersonalie der EU (<http://welt.de/196339819>), die Nominierung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) als Kandidatin für die EU-Kommissionspräsidentschaft, wird von einer Mehrheit kritisch bewertet: 56 Prozent halten sie demnach für eine Fehlbesetzung.

Am stärksten ist die Unterstützung noch bei FDP-Anhängern mit einer Zustimmung von 51 Prozent, danach folgen die Anhänger von CDU/CSU mit 47 Prozent und die Grünen-Anhänger mit 41 Prozent.

Mehrheit gegen CO₂-Steuer

Wenn es um Klima- und Umweltschutz geht, befürworten die Deutschen mit klarer Mehrheit vor allem einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien (92 Prozent), höhere Preise für Flugreisen durch die Einführung einer Kerosin-Steuer (68 Prozent) sowie einen schnelleren Ausstieg aus der Kohlestromerzeugung (64 Prozent).

Eine CO₂-Steuer lehnen indes 57 Prozent der Befragten ab, 72 Prozent sind gegen die Idee, Anschaffung und Unterhalt von Autos mit Verbrennungsmotor teurer zu machen.

Auch wenn es darum geht, wer den Klimaschutz vorantreiben sollte, sehen die Bürger nicht sich selbst an vorderster Front: So sagen zwar je 64 Prozent der Befragten, die Bürger und auch die EU machten zu wenig für den Klimaschutz. Je abstrakter die Ebene wird, desto breiter aber wird die Kritik: 69 Prozent finden, die Bundesregierung tue zu wenig auf diesem Feld, 72 Prozent machten den Unternehmen in Deutschland diesen Vorwurf – und 76 Prozent kritisieren die internationale Staatengemeinschaft für eine Vernachlässigung des Klimaschutzes.

Für den repräsentativen Deutschlandtrend hat Infratest Dimap am 1. und 2. Juli 1006 wahlberechtigte Bürger befragt. Die Fehlertoleranz liegt zwischen 1,4 und 3,1 Prozentpunkten.



**Lesen Sie alles Wichtige rund um Politik –
im täglichen Newsletter der WELT.**

JETZT BESTELLEN

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/196355107>